

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 27 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kassenkonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde.

Anzeigenpreise: Die Leihgebühren betragen 1/2 Pfd. oberhalb der Hauptgebühren. — 1/2 Pfd. im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pfd. — Einzelne und Retikeln 200 Pfd.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 297

Mittwoch den 21. Dezember 1921

87. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachungen.

Fleischbeschau betreffend.

Es liegt Veranlassung vor, darauf hinzuweisen, daß **Ziegen und Hunde**, auch wenn sie nur für den eigenen Haushalt geschlachtet werden sollen, gemäß §§ 2, 3 der Sächsischen Ausführungsverordnung vom 27. 1. 1903 zum Reichsfleischbeschaugesetz zur **Fleischbeschau** beim zuständigen Fleischbeschauer anzumelden sind. Bei Schlachtung von Hunden ist die Anmeldung auch bei dem zuständigen Trichinenschauer erforderlich, wenn nicht gleichzeitig der Fleischbeschauer die Trichinenschau ausübt.

Die Polizeiorgane werden angewiesen, darauf zu achten, daß die gesetzlichen Bestimmungen befolgt werden und Zuwiderhandlungen anzuzeigen.

Zuwiderhandlungen werden bestraft.
Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde,
1186 b G am 17. Dezember 1921.

Neue Steuerbücher betr.

Bei der ersten Lohnzahlung im Jahre 1922 ist den Arbeitgebern ein **neues Steuerbuch** vorzulegen. Diese Steuerbücher werden den Arbeitnehmern in den nächsten Tagen zugestellt. **Ruhehaltungspläne** sowie deren **Hinterbliebenen**, die ihre Bezüge aus Kassen außerhalb des Wohnortes erhalten, haben ihr Steuerbuch unverzüglich der die Bezüge auszahlenden Kasse zuzuführen.

Die Arbeitnehmer werden auf folgendes hingewiesen:
1. Eine Erhöhung der Abzüge im Sinne des § 13 des Einkommensteuergesetzes (Werbungskosten) ist nach § 46 Absatz 2 Nr. 3 a des Gesetzes **auf Antrag** zugelassen, wenn der Steuerpflichtige **nachweist**, daß der gesetzliche Betrag von 1800.— Mark um mindestens 150.— Mark übersteigen wird.
2. Die im § 46 Absatz 2 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes vorgesehene Ermäßigung ist **auf Antrag** gemäß § 47 des Gesetzes auch für mittellose Angehörige, die nicht zu den minderjährigen Kindern im Sinne des § 17 Absatz 2 des Gesetzes zählen, die aber von dem Steuerpflichtigen unterhalten werden, zu gewähren.

3. Weist der Arbeitnehmer **bis Ende März 1922** nach, daß die Zahl der Personen, die nach vorstehender Ziffer zur Ermäßigung des Steuerabzuges berechtigt, um wenigstens **zwei** größer ist, als im Steuerbuch angegeben, so hat die Gemeindebehörde **auf Antrag** diese Tatsache im Steuerbuche zu vermerken.

Ueber Anträge zu Ziffer 1 und 2 dieser Bekanntmachung, die bis zum **Abschluß des Kalenderjahres 1921** zu stellen sind, entscheidet das Finanzamt.

Für die zu gewährenden Ermäßigungen ist der **Familienstand am 20. Oktober 1921** maßgebend. Es wird den Arbeitnehmern empfohlen, hiernach die auf den Steuerbüchern errechneten Ermäßigungen nachzuprüfen und etwaige Unstimmigkeiten bei der hiesigen Stadtsteuer-Einnahme anzuzeigen.
Stadtrat Dippoldiswalde, am 20. Dezember 1921.

Zählermieten.

Die Mieten für Elektrizitätszähler werden vom 1. Januar 1922 ab um **100 % erhöht**.
Dippoldiswalde, den 19. Dezbr. 1921. Der Stadtrat.

Ruhholzversteigerung:

Staatsforstreviere Rehefeld, Bärenfels und Schmiedeberg.

Gasthaus „Halsli“ in Kipsdorf, Freitag den 30. Dezember 1921 vorm. 9 Uhr.

1. Rehefelder Revier: 230 fl. Stämme, 75 buch. u. 2555 fl. Röhre 7/15 cm, 159 buch. u. 1829 fl. Röhre 16/51 cm, 12 cm fl. Kugelhölzer. Raßlschläge: Abt. 7 und 76. Einzelhölzer in den Abt. 3—10, 27, 29, 36, 37, 38, 40, 42, 48—50, 59. |

2. Bärenfelder Revier: 23 fl. Stämme, 1416 fl. Röhre 7/15 cm, 22 buch. und 1001 fl. Röhre 16/50 cm, rd. 4200 fl. Reisstangen. Raßlschläge: Abt. 19, 39 u. 60. Durchforstungen: Abt. 52 u. 86. Einzelhölzer in den Abt. 28, 33, 34, 62, 63, 66, 67, 79—84, 91. |

3. Schmiedeberger Revier: 1560 fl. Stämme, 4385 fl. Röhre 7/15 cm, 1584 fl. Röhre 16/43 cm, 465 fl. Derb- u. 2195 fl. Reisstangen. Raßlschläge: Abt. 1, 43, 47, 93, |

94, 105. Durchforstungen: Abt. 17, 25, 30, 42, 78, 84, 89, 120, 121.

Postenverzeichnis sind von den unterzeichneten Revierverwaltungen zu beziehen.

Forstrevierverwaltungen
Rehefeld, Bärenfels und
Schmiedeberg.

Forstrentamt
Frauenstein.

Gemeindevertreter-Tag.

Unter dem Vorherrsche des Herrn Amtshauptmanns v. d. Planitz fand am 17. d. Mts. in Dippoldiswalde im Gasthause „Stadt Dresden“ ein wie immer zahlreich besuchter Gemeindevertretertag statt, bei dem der Herr Vorsitzende nach Begrüßung der Erschienenen zunächst darauf hinwies, daß sich die Abhaltung eines Amtstages namentlich mit Rücksicht auf das neue Staatsgrundsteuergesetz, das wichtige Bestimmungen über die ganze Organisation der Steuerbehörden und eine Fülle von neuer Arbeit enthalte, notwendig gemacht habe. Gleichzeitig bot sich auch Gelegenheit, den schon seit geraumer Zeit in Aussicht gestellten Vortrag der Kraftverkehrs-Gesellschaft für den Freistaat Sachsen über deren Art, Bedeutung und Ziele entgegenzunehmen. Der Vertreter dieser mit Unterstützung des Staates und den Bezirken arbeitenden Gesellschaft, Herr Oberst a. D. Wetke, erhielt hierauf das Wort zu seinen Ausführungen, in denen er darauf hinwies, daß die im Jahre 1919 ins Leben gerufene Gesellschaft alle Zweige des Kraftverkehrs in Sachsen zusammenfassen und im Dienste der Volkswirtschaft ausbauen wolle. Sie wolle weder die Bahn noch das Pferdewerkzeug verdrängen, sondern stelle sich gewissermaßen zwischen beide, überall da einbringend, wo die Verwendung des Kraftfahrzeuges am rationellsten erscheine. Aus den weiteren Ausführungen war zu ersehen, welchen großen Aufschwung die Gesellschaft in der kurzen Zeit ihres Bestehens gewonnen habe und welche günstige Aussichten ihr namentlich bei einem weiteren Fortschreiten der Bauartigkeit bevorständen.

Herr Amtshauptmann dankt dem Herrn Vortragenden für seine klaren und sachlichen Darlegungen, die gewiß mit dazu beitragen werden, die Gesellschaft auch in unserem Bezirke weiteren Kreisen bekannt zu machen und ihre Hilfe im Bedarfsfalle in Anspruch zu nehmen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf einen Vortrag des Herrn Regierungsrat Paul über das neue Grundsteuergesetz und die dabei in Frage kommenden behördlichen Stellen. Der Herr Vortragende erläuterte an Hand der gesetzlichen Bestimmungen in eingehender Weise die neue Form der Ermittlung der Grundsteuer, stellte durch Beispiele deren Wirkung dar und führte die Anwesenden weiter ein in das Gebiet der durch das Gesetz erforderlich werdenden Behördenstellen. Aus den Darlegungen war klar zu ersehen, welche große Schwierigkeiten bei der Durchführung der neuen gesetzlichen Bestimmungen zu erwarten seien und daß es namentlich schwer fallen würde, die geeigneten Kräfte hierfür zu gewinnen.

Im Namen aller Anwesenden sprach Herr Amtshauptmann auch Herrn Regierungsrat Paul den Dank für seinen Vortrag aus und beantwortete dann noch einige Anfragen von allgemeiner Bedeutung aus der Mitte der Versammlung und schloß hierauf den Gemeindevertretertag mit den besten Wünschen für ein ungebrochenes Weihnachtsgeschehen.

Im Anschluß hieran nahm noch Herr Gemeindevorstand Barthel in Schmiedeberg Gelegenheit, auf Wesen, Zweck und Ziele des sächsischen Landgemeindevorstandes hinzuweisen und für den Beitritt der Gemeinden zu dieser neuen Organisation eifrig zu werben.

Vertikales und Sächsisches

Dippoldiswalde. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren haben, will Herr Kantor Schmidt sein Amt als Kantor und Organist Ende dieses Jahres niederlegen. Ob die gegenwärtigen Verhältnisse oder Ueberlastung Beweggrund hierzu sind, hat niemand ergründen können. Kirchenvorstand und Kirchenchor haben nichts unversucht gelassen, Herrn Kantor zu halten, sei es nur auf Zeit. Ob das noch gelingen wird, muß die Zukunft lehren. Hoffen wir es.

Der Gajometer am Kirchhof ist fertiggestellt; es fehlt nur noch der Anstrich, der in Silbergrau geschehen wird, sobald die Witterung es erlaubt. Zurzeit ist man mit Herstellung der Zuleitung beschäftigt. Der Frost hatte erst gehindert, bei dem jetzigen wärmeren Wetter kann man aber mit einem flotten Vorwärtsschreiten der Arbeiten rechnen, sobald der Behälter bald in Betrieb genommen werden kann.

Die Weihnachtsgeschehen im Weiskist findet in diesem Jahre Freitag den 23. Dezember nachmittags 1/4 4 Uhr statt.

Dippoldiswalde. So wären also — für unsere Gemeindefinanzen glücklicherweise — die Gewerbesteuer mit dem höchsten Ertrage und die Wohnsteuer unter Dach und Fach. Ein Ruhhandel wars schließlich in der gemeinschaftlichen Sitzung am Freitag, aber der Zweck wurde doch wenigstens in der Hauptsache erreicht. Eins ohne das andere war nicht zu haben. Gebrauch wurde beides. Wäre die Wohnsteuer abgelehnt worden, fiel auch die erhöhte Gewerbesteuer. Der Stadtkasse aber hätten zu den 800 000 M., die man sowieso insgesamt als neue feste Anleihe aufnehmen muß, weitere 100 000 M. und mehr gefehlt. Wie hätte man das verantworten wollen. Freilich muß eben jeder Opfer bringen,

und es hilft durchaus nicht allein, der anderen Seite zuzureden. Ja, machte denn aber die ganze Steuervorlage überhaupt eine mehrmalige und so ausgiebige Behandlung nötig? Ruhte man nicht eigentlich auf allen Seiten ein, daß es eine andere Möglichkeit größerer Einnahmen zurzeit nicht gibt? Dazu kommt, daß beide Steuern ja nur für das laufende Geschäftsjahr gelten, also dauernde Wirkung gar nicht haben. Vom 1. 4. 22 werden sie von Reich und Staat übernommen, die Gemeinde bekommt einen Anteil davon resp. erhebt Zuschläge, für die sie aber unbeschränkte Freiheit nicht hat. Weil aber z. B. die Gewerbesteuer nur für die Zeit bis 31. 3. 22 erhoben wird, hat auch die in der Aussprache eine so große Rolle spielende „Abwälzung“, die ja an sich bis zu einem gewissen Grade gar nicht bestritten wurde, gar nicht die ihr zugemessene Bedeutung, denn für das juristisch folgende Dreivierteljahr ist sie schlechterdings unmöglich, aber auch für die noch vor uns liegenden drei Monate durchaus nicht allgemein. Schon in der Sitzung wurde auf die Handelsartikel mit vorgeschriebenen Preisen hingewiesen. Erinnert sei hier aber auch an alle die Arbeiten und Lieferungen, die zu bestimmten Preisen übernommen wurden usw. Also so einfach liegt's doch nicht. Es geht in vielen Fällen nicht so rasch mit dem Abwälzen. Dabei handelt's sich eben, wie gesagt, nur um 3 Monate. Auf der anderen Seite freilich ist vielleicht auch die Ansicht nicht so falsch, daß die Steuer den einzelnen gar nicht so trifft, daß sie für seinen Betrieb so große Bedeutung hätte, in vielen Fällen wenigstens. Es treten vielmehr oft Verhältnisse ein, die ganz andere und zwar viel größere geldliche Auswirkung haben. Man denke z. B. bezüglich der Landwirtschaft an die Getreidepreise oder an die Butterpreise usw., die ja mit von der Werta abhängig und Einnahmeschwankungen viel größeren Umfangs bringen können, als 100% der Gewerbesteuer. Aber vielleicht war auch das weniger der Grund zu dem „Rein“. Man wollte vielmehr, wenn man bereits 190 000 M. durch die Gewerbesteuer aufgeholt bekam, nicht von der Wohn- und Rufungssteuer auch noch mehr als zwei Drittel übernehmen. Die anderen sollten auch etwas bluten. Und so dürfte das Beschlossene nach Lage der Sache das Richtige sein. Unsere städtischen Kollegen haben getan, was möglich war. Wenn sie dafür vielfach Anerkennung nicht finden, so darf sie das nicht stören. Die Pflicht geht über die Freundschaft.

Herr Regierungs-Sekretär Leonhardt, Kassierer an der Amtshauptmannschaft, wird am 1. April Dippoldiswalde verlassen und nach Dresden ins Rechnungsamt des Ministeriums der Innern versetzt werden. An seine Stelle tritt Herr Regierungs-Sekretär Lange aus genanntem Ministerium.

Für die Behandlung falscher Geldscheine haben Reichspost und Reichsbankdirektorium folgende Bestimmungen getroffen: Sämtliche Reichs- und Landesbanken haben die von ihnen als falsch angesehenen Zahlungsmittel anzuhalten und nach Feststellung des Tatbestandes mit dem Einlieferer sofort der zuständigen Gerichts- oder Polizeibehörde zu überfenden. Diese Vorchrift bezweckt bei wirklichen Fälschungen eine beschleunigte Ermittlung der Hersteller der Falschstücke, vor allem die Aushebung etwaiger Falschmünzwerkstätten. Da bei derartigen Schritten Eile geboten ist, so ist die Einbehaltung beanstandeter Stücke und ihre unverzügliche Weitergabe an die Polizei- oder Gerichtsbehörde kaum zu bemängeln. Was jedoch die Rechte des Einlieferers anbelangt, so ist ihm von den Kassenbeamten eine Bescheinigung auszuhandigen, in der das fragliche Stück genau bezeichnet werden muß. Im Besitze dieses Nachweises kann sich der Einzahler alsdann bei der Gerichts- oder Polizeibehörde erkundigen und Gewißheit über den Verbleib und die strafgerichtliche Beurteilung des Geldes verschaffen. Er kann somit auf diese Weise seine Rechte wahren, namentlich wenn der Schein echt und die Beanstandung zu Unrecht erfolgt ist. Im anderen Falle nützt die Bescheinigung nichts, weil unechte Noten nicht mehr ersetzt werden sollen.

Schmiedeberg. Zu dem von der hiesigen Volksschule veranstalteten Weihnachtsfeier herrschte ein so außerordentlicher Andrang, daß in der Turnhalle kein Apfel zur Erde konnte und viele wieder umkehren mußten. Die Aufführung soll deshalb heute Dienstag abend wiederholt werden.

Schmiedeberg. Tagesordnung zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates, Freitag, den 23. November 1921, abends 7 Uhr. Mitteilungen. — Gründung ständiger Lehrstellen. — Vertrag mit der Spartasse über Besoldungsbeitrag. — Vertrag mit der Reichseisenbahn über Aufstellung von Anschlagtafeln. — Festsetzung der Höhe und des Fälligkeitstages der Gewerbesteuer. — Antrag des Kirchenvorstandes, Einziehung einer freiwilligen Kirchensteuer betr. — Amtshauptmannschaft-

liche Zuschuß, Kostenbeitrag für die Weiblich-Unterhaltung betr. — Gesuche um Erhöhung der Schornstein-Rehröhne. — Erhöhung der Gebühren für die Heimbürgin. — Etwa noch Eingehendes. — Hiernach nichtöffentliche Sitzung.

Sabisdorf. Wie uns zum Berichte über das am Sonntag hier aufgeführte Krippenspiel mitgeteilt wird, wurde das Weihnachtsevangelium von der Märchenerzählerin Fräulein Helene Jedermann aus Dresden vorgelesen.

Kreitscha. Beim Transport eines schweren Balkens über eine Karre, die er mit dem Bein beiseite schieben wollte, stürzte in Dresden-Leuben der 48 Jahre alte Zimmermann W. von hier so unglücklich, daß der Balken von der Schulter auf den rechten Oberschenkel fiel und diesen zertrümmerte. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhause Friedrichstadt in Dresden gebracht.

Kreitscha. Der Verkehrs- und Gebirgsverein von Kreitscha u. Umg. hielt am Freitag den 17. Dezember im Gasthof Michel seine Jahres-Hauptversammlung ab. Nach dem Jahresbericht, den der Vorsitzende, Schuldirektor Meißner, erstattete, wurden 5 Versammlungen, 2 Höhenstigungen, zwei Familienabende, ein Vortragsabend und eine Denkmalsweihe abgehalten, Wege verbessert, Wegweiser erneuert. Auf der Saldor Höhe und auf der Willischkuppe sollen neue Bänke errichtet werden. Leider ist so manches zerstört und entwendet worden. Der Jahres-Mitgliedsbeitrag wurde auf 15 M. erhöht. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab die alte Zusammensetzung. Man beschloß, bei eintretendem Schneefall am Willisch eine Rodelbahn anzulegen und mit der Eröffnung derselben ein Vaudenfest zu verbinden.

Dresden. Im Alter von 83 Jahren verstarb hier der ehemalige Kgl. S. Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Gustav Barckwitz. Mit ihm ist ein hochverdienter sächsischer Staatsbeamter heimgegangen, der sich auch außerhalb seiner Berufstätigkeit in bemerkenswerter Weise betätigt hat. Er stammte aus Dresden. Im Jahre 1877 wurde er zum Vortragenden Rat im Finanzministerium ernannt und 1897 zum Direktor der zweiten Abteilung, die die Bergwerke, Forsten und Domänen umfaßt. Im März des Jahres 1905 trat er in den Ruhestand.

Pirna. Der vor einiger Zeit verstorbenen Kirchenrat Pastor prim. Kager zu Ebbau, der früher lange Jahre hindurch in Pirna als Archidiakon wirkte, hat die Städte Ebbau und Pirna als Erben seines Nachlasses eingesetzt. Der für Pirna entfallende Teil erhält den Charakter einer Stiftung, deren jährliche Zinsen als Stipendien für einen befähigten Studierenden der Universität Leipzig Verwendung finden sollen.

Sobitz. Ein hiesiger Arbeiter wurde vorige Woche von einem fremden Manne um 150 M. betrogen. Auf erstattete Anzeige hin gelang es der Polizei, den Mann in einem Kino festzunehmen. Von dem erbeuteten Gelde hatte er noch 120 Mark bei sich. Er nannte sich Müller, wurde aber als der Reichswehrsoldat Jiske aus Bawgen, der sich heimlich von seiner Truppe entfernt hatte, festgestellt.

Freiberg. Im Oktober d. J. wurde hier unter dem Namen „Freie Vereinigung ehemaliger Freiburger Jäger“ ein Verband ins Leben gerufen, der es sich zur Aufgabe stellt, in Erinnerung des gemeinsam Durchlebten die Kameradschaft zu pflegen und das in Garnison und Feld erwachsene Gefühl der Zusammengehörigkeit zu erhalten und zu stärken. Parteipolitik ist aufs strengste auszuschalten. Das Andenken der gefallenen Kameraden ehrend zu wahren, ist die höchste und vornehmste Pflicht der Vereinigung. Kam. Hähnel in Freiberg, Schönleberstraße 40, erteilt nähere Auskunft.

Rossen. 10 000 M. Belohnung! Einbrecher stahlen in der Nacht zum Sonnabend, 17. Dezember, aus der Lederfabrik von Beck über 2 Zentner schwarzgegerbte, verarbeitete Vorkalblederhäute im Werte von etwa 250 000 M. Die Maße — nach Quadratfuß — sind mit weißer Lackfarbe aufgedrückt, während die Partinummern, an den Schwanzhäuten angebracht sind. Für Ermittlung der Täter und Wiederherbeschaffung des Leders hat der Bestohlene die Summe von 10 000 M. ausgelobt.

Limbach. Der Stadtrat lehnte die Einführung einer Klavier-, Grammophon- und Brillantensteuer ab.

Burgstädt. Wie eine eigene Meldung des „Tageblatt“ berichtet, hat das Ministerium des Innern (gez. Lipinski) durch Verordnung vom 14. Dezember gemäß § 82 R.-St.-O. die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung zu Burgstädt verfügt und die Kreishauptmannschaft in Leipzig angewiesen, innerhalb dreier Monate die Neuwahlen vornehmen zu lassen.

Oederan. Als eine Folge der katastrophalen Kohlennot Sachsens mußte die Oederaner Schule geschlossen werden. Der dadurch gesparte Kohle kommt der Bevölkerung zugute.

Reußstädtel. Zwei Handarbeiter aus Reußstädtel, die in dem Walde eines Lindenauer Gutsbesizers beim Christbaumfeiern erwischt wurden, gebrauchten Gewalt gegen den Sohn des Gutsbesizers, indem ihn der eine von hinten erfaßte, an der Kehle festhielt und mit den Knien in den Rücken rief, um ihn zum Fallen zu bringen, während der andere ihn mit dem Beile zu erschlagen drohte. Der Mißhandelte vermochte sich aber wieder freizumachen, worauf die Holzdiebe mit den Bäumen die Flucht ergriffen. Da beide ermittelte worden sind, ist der Vorfall zur Anzeige gekommen.

Crimmischau. Die Annahme der Stadtverordnetenmandate ist von den Ersahleuten der 11 ihr Amt niederlegenden bürgerlichen Stadtverordneten erneut abgelehnt worden, da ein gezieltes Zusammenarbeiten mit den Sozialisten ausgeschlossen erscheine.

Wästenbrand. In Wästenbrand wurde kürzlich, wie gemeldet, der Arbeiter Behrens, der sich auf der Durchreise befand, verhaftet. Auf Grund seiner eigenen Aussagen wurde gegen ihn die Beschuldigung erhoben, er habe in Oberschlesien 18 französische Offiziere ermordet. Darnach war er zwar in Oberschlesien schon verhaftet, aber aus dem Gefängnis ausgebrochen, wobei er mehrere Wärter verletz hatte. Auf Anzeige eines Mitreisenden hin wurde Behrens seinerzeit in Wästenbrand verhaftet. Er wurde nach Chemnitz geschafft, und die Untersuchung wurde eröffnet. Diese hat nun ergeben,

daß die Angaben des B. auf Schwindel beruhen und nur Kennnummer gegenüber den Mitreisenden waren.

Delsnitz i. S. Die Grundsteuerordnung für den Bezirk unserer Amtshauptmannschaft ist von der Kreishauptmannschaft genehmigt worden. Der auf die staatliche Grundsteuer entfallende Steuerbetrag beträgt 50 Pf. Zur Zahlung der Grundsteuer ist verpflichtet, wer zur Zeit ihrer Fälligkeit Besitzer des Grundstücks ist. Miteigentümer, sei es zu Bruchteilen, sei es zur gesamten Hand, haften als Gesamtschuldner. Unterliegt das Grundstück dem Nießbrauche oder der Ausnießung eines anderen, so tritt dieser an die Stelle des Eigentümers. Die Steuerordnung gilt mit Wirkung vom 1. April 1920.

Plauen i. V. Die Handelskammer Plauen nahm in dem zuständigen Ausschusse Stellung zu der bevorstehenden Erhöhung des Post- und Telegraphentarifs und bezeichnete dessen Höhe als jedes erträgliche Maß übersteigend. Es sei falsch, die Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse in immer höher geschraubten Tarifen zu suchen, es müsse vielmehr von der Postverwaltung verlangt werden, daß sie ihr durch unterschiedslose Einführung des Achtstundentages um 62 000 Köpfe vermehrtes Beamtentum entsprechend verringere und alles daran setze, aus sich selbst heraus eine Besserung der unhaltbaren Zustände herbeizuführen.

Reichenbach i. V. Das städtische Elektrizitätswerk hat infolge Kohlenmangels mit großen Betriebschwierigkeiten zu kämpfen, und es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß es den Betrieb teilweise einstellen muß, falls sich die Zuführung der Kohlen durch die Bahn nicht bessert. Der tägliche Bedarf des Werkes an Kohlen beträgt 80—90 Tonnen.

Vad Ester. Wie die Ortspresse zu melden weiß, hat ein Leipziger Konfitorium die beiden bekannten Sprudel „Sachsenquelle des Herrn v. Jarunkowsky und „Sohler Sauerbrunnen“ des Herrn Plath mit allen Grundstücken käuflich erworben. Es verlautet, daß Kaufverhandlungen mit mehreren Grundbesitzern noch schweben, daß dem betr. Konfitorium ein Kapital von 50 Millionen zur Verfügung steht und daß ihm u. a. Sanitätsrat Dr. Werbatus, der bekannte Badearzt angehört. Weiter wird behauptet, daß der Bau eines großen neuzeitlichen Sanatoriums geplant sei.

Die Schuldfrage.

Briefwechsel Wilhelms II. mit Hindenburg.
Im letzten Frühjahr haben der Generalfeldmarschall von Hindenburg und Kaiser Wilhelm einen Briefwechsel miteinander geschlossen, den der Feldmarschall gegenüber den stetig wiederkehrenden Angriffen auf die Person des Kaisers der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen glaubte. Die Hauptbedeutung des Briefwechsels, in dem vorwiegend die Frage der Schuld am Kriege erörtert wird, liegt in dem feierlichen Bekenntnisse Kaiser Wilhelms, daß er, um dem Kriege vorzubeugen, bis an die Grenze dessen gegangen sei, was er mit Rücksicht auf die Sicherheit und die Unversehrtheit Deutschlands verantworten konnte.

In seinem Antwortschreiben an den Feldmarschall bestätigt der Kaiser zunächst dessen Auffassung, wie schwer es für ihn sei, im Auslande leben zu müssen und von positiver Mitarbeit für das Vaterland ausgeschlossen zu sein. Der Kaiser erinnert daran, daß er sich zu dem schweren Entschluß, außer Landes zu gehen, nur auf Vorstellungen Hindenburgs und der übrigen berufenen Ratgeber durchgerungen habe, weil es nur allein auf diesem Wege möglich sei, dem deutschen Volke günstigere Waffenstillstandsbedingungen zu verschaffen und ihm einen blutigen Bürgerkrieg zu ersparen. Der Kaiser stellt dann selbst fest, daß dies persönliche Opfer nur von ihm gemacht werden konnte.

Hinsichtlich der Schuldfrage hat der Kaiser die feste Zuversicht, daß die Wahrheit sich Bahn brechen wird, maßvoll, unaufhaltsam wie eine Lawine, und daß jeder, der sich ihr nicht wider besseres Wissen verschließen wolle, erkennen müsse, daß während seiner 26-jährigen Regierungszeit vor dem Kriege die deutsche Außenpolitik lediglich auf die Erhaltung des Friedens gerichtet war. Der Kaiser erklärt dann wörtlich:

„Hätten wir je kriegerische Absichten gehabt, so hätten wir 1900 losgeschlagen, als England durch den Burenkrieg, oder 1905, als Rußland durch den japanischen Krieg gebunden waren, und uns ein nahezu sicherer Sieg gewinnte hätte. Aber sicherlich hätten wir uns nicht gerade das Jahr 1914 ausgesucht, als uns eine erdrückende Übermacht gegenüberstand. Auch muß sich jeder Unbefangene sagen, daß Deutschland von dem Kriege gar nichts zu erwarten hatte, während unsere Feinde davon alles für ihre seit langem zu unserer Verächtlichung festgesetzten Ziele erhofften.“

Daß mein und meiner Regierung heißes Bemühen in den kritischen Juli- und Augusttagen 1914 ausschließlich der Erhaltung des Weltfriedens gegolten hat, wird durch die neuesten literarischen und altemännlichen Veröffentlichungen von deutscher und ganz besonders auch von feindlicher Seite mehr und mehr erhärtet. Den durchschlagendsten Beweis dafür bringt das Wort Saffonows: „Die Friedensliebe des Deutschen Kaisers bürgt uns dafür, daß wir den Zeitpunkt für den Krieg selbst bestimmen konnten.“ Was bedarf es da noch weiteren Bezeugnisses für unsere Unschuld? Das bedeutet: Die Absicht, einen Ueberfall auf einen Ahnungslosen zu machen.

Gott ist mein Zeuge, daß ich, um dem Kriege vorzubeugen, bis an die äußerste Grenze dessen gegangen bin, was ich mit Rücksicht auf die Sicherheit und Unversehrtheit meines kaiserlichen Vaterlandes verantworten konnte. Von einer Schuld Deutschlands am Kriege kann nicht die Rede sein. Es besteht kein Zweifel mehr, daß nicht Deutschland, sondern der Feindbund den Krieg planmäßig vorbereitet und absichtlich herbeigeführt hat.“

Aus dem Briefe des Kaisers geht weiter hervor, daß er sogar zur freiwilligen Selbstauslieferung an die Feinde bereit gewesen wäre, wenn davon irgend ein Nutzen für Deutschland sich hätte erhoffen lassen. Der Kaiser ist jedoch der Ansicht, daß höchstens das Gegenteil zu erwarten war und daß ein Gerichtshof, in dem der Feindbund gleichzeitig Ankläger und Richter wäre, nur dazu dienen würde, durch die selbstverständliche Beurteilung des Kaisers die dem deutschen Volke auferlegten unerbittlichen Friedensbedingungen nachträglich zu rechtfertigen. Dazu komme noch, daß

eine unparteiische Beurteilung der „Schuldfrage“ ausgeschlossen sei, wenn das Verfahren nicht auch auf die Staatsoberhäupter und leitenden Staatsmänner der feindlichen Mächte erstreckt und deren Verhalten dem gleichen Kritik unterstellt werde.

Der Kaiserbrief schließt mit einem Hinweis auf die gebieterische Pflicht für Deutschland, mit allen Mitteln alles irgendwie für die „Schuldfrage“ in Betracht kommende Material zu sammeln, zu sichten und zu veröffentlichen, um dadurch die wirklichen Urheber des Krieges zu entlarven.

Die Londoner Konferenz.

Nach Rathenau wieder in London.

Der französische Ministerpräsident Briand ist am Sonntag in London eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich Wiederaufbauminister Loucheur und eine Reihe Finanzfachverständiger. Zu gleicher Zeit hat sich auch Dr. Walter Rathenau — wohl nicht ohne vorherige Absprache mit der Entente — wieder nach London begeben und hat im Carlton-Hotel Wohnung genommen, wo auch Briand und Loucheur abgeblieben sind.

Nach dem „Temps“ werden Lloyd George und Briand in erster Linie die Reparationsfrage behandeln, die so weit gefördert werden soll, daß sie dem Obersten Rat, der Anfang Januar in Paris zusammentreten wird, zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Wie das Blatt weiter meldet, sieht man in englischen Kreisen die Möglichkeit eines deutsch-englischen Abkommens nach Art des Wiesbadener vor, auf Grund dessen das Deutsche Reich Großbritannien gewisse Produkte liefern und an der wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands mitarbeiten werde. Zweitens solle England die französische Schuld, die 567 Millionen Pfund Sterling betrage, freigegeben und im Austausch dafür deutsche Reparationsbonds der Serie C erhalten, die es alsdann veräußern werde. Drittens solle England Frankreich die Ratifizierung des Schulvertrages vom 28. Juni 1919 anbieten und die Entente in eine Allianz umwandeln unter dem Vorbehalt, daß ein Abkommen über die Seeräuberungen getroffen werde. England würde sich in diesem Falle verpflichten, Frankreich gegen jeden Angriff zur See sicherzustellen. Viertens endlich sollen die allgemeinen Probleme Europas in wirtschaftlicher und politischer Richtung besprochen werden. Die englische Regierung werde deshalb zu Beginn des kommenden Jahres eine Konferenz vorschlagen, an der nicht nur die alliierten Länder, sondern auch Rußland und die ehemals feindlichen Länder teilnehmen sollen.

Während der Beratung über dieses umfangreiche Programm werden Lloyd George wie auch Loucheur zweifellos in vielen Punkten Rathenaus Ansicht einholen, dessen Anwesenheit in London natürlich in der Hauptsache der Fortsetzung der während seines letzten Londoner Aufenthaltes begonnenen Verhandlungen über die Januarcredite und die Wänderung der Reparationsbestimmungen gilt.

Die Berichte Rathenaus über den Gang der Londoner Verhandlungen werden maßgebend sein für die Beantwortung der jetzt im Vorlaut vorliegenden Note der Reparationskommission, in der sie das deutsche Stundungsgebet mit drei Rückfragen beantwortet. Die deutsche Antwort erfordert reifliche Beratungen. Auf die erste Frage, wie hoch die Devisenbeträge sind, welche Deutschland für den 15. Januar und den 15. Februar aufzubringen imstande ist, wird die Reichsregierung leicht Auskunft geben können. Die Antwort auf die weiteren Fragen nach der Länge der Stundungsfrist und dem Angebot von Garantien für die Zwischenzeit wird jedoch abhängen von der Konferenz Briand-Lloyd George, auf der voraussichtlich das ganze Problem der Reparationszahlungen aufgeklärt werden wird.

Die gesamte Londoner Presse hebt die große Bedeutung der Konferenz zwischen Briand und Lloyd George hervor. „Oberber“ nennt die bevorstehende Konferenz zwischen Lloyd George und Briand die folgenschwerste aller bisherigen. Von ihr hänge nicht nur die Zukunft der Entente, sondern auch die Zukunft Europas ab. Die seit dem Frieden von Versailles verfolgte wirtschaftliche Finanzpolitik dürfe von England unter keinen Umständen weitergeführt werden. Das auf dem Friedensvertrag wie ein Wolkenträger errichtete Finanzgebäude sei unabweislich zusammenzubrechen. „Oberber“ tritt dafür ein, daß Deutschland unter gewissen Bedingungen ein Moratorium von 3 bis 6 Monaten gewährt wird, während deren eine europäische Konferenz eingehende Untersuchungen über die mögliche Leistungsfähigkeit anstellt.

Zum Tode Delbrücks.

— **Jena, 19. Debr.** Staatsminister a. D. Reichstagsabgeordneter Clemens von Delbrück ist am Sonntag hier im 65. Lebensjahre gestorben.

Mit Delbrück ist einer der begabtesten und tüchtigsten Staatsmänner des wilhelminischen Zeitalters aus dem Leben geschieden. Nach längerer Tätigkeit im Reichs- und Reichsanwaltschaftsdienst wurde er 1894 zum Vizepräsidenten von Danzig ernannt. Im Jahre 1902 erfolgte seine Ernennung zum Vizepräsidenten von Weimar und 1905 seine Berufung nach Berlin an die Spitze des Preussischen Handelsministeriums. Als nach dem Sturze Billows Bethmann-Sollweg Reichkanzler wurde, wurde Delbrück als Nachfolger Bethmanns auf den Posten des Staatssekretärs des Innern berufen. Bei der Leitung des Reichsamts des Innern, des damals umfangreichsten und vielfältigsten Ressorts, — noch gab es kein Arbeitsministerium, kein Ernährungsministerium und kein Wirtschaftsministerium — entwickelte Delbrück eine geradezu erstaunliche Tätigkeit und zeigte sich auf allen Arbeitsgebieten als ein Mann von umfassendem Wissen und von hervorragenden Kenntnissen der öffentlichen Verwaltung.

Als Staatssekretär des Innern war er auch Stellvertreter des Reichskanzlers und pflegte als Sprech-

rednerisch zu vertreten. Im Laufe seiner Amtszeit hat Delbrück von größeren Geschehnissen vor allem die Reichsversicherungsordnung sowie die Privatangelegenheitenversicherung, eines der gewaltigsten Gesetzgebungswerke, das je ein Parlament beschäftigt hat, durchgeführt. Während des Krieges wuchsen die Aufgaben des Reichsamtes des Innern ins Riesenhafte. Im Mai 1916 sah sich Delbrück wegen seines leidenden Gesundheitszustandes genötigt, um seinen Abschied zu bitten. Kurz vor der Revolution, im Oktober 1918, wurde Delbrück als Nachfolger des Herrn von Berg zum Chef des Kabinetts ernannt, da der Kaiser in ihm den geeigneten Vermittler bei der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Preußen erblickte. Der Zusammenbruch im November entthronte ihn seiner schwierigen Aufgabe. Der Nationalversammlung gehörte er als deutschnationales Mitglied an. Ähnlich wie Graf Posadowsky blieb er aber in der Partei ein Außenseiter und trennte sich bei Abstimmungen wiederholt von der Mehrheit der Fraktion. Bei den generischen Parteien war sein Urteil geschätzt, und seine staatswissenschaftliche Autorität kam auch bei den Beratungen über die Reichsverfassung verschiedentlich zur Geltung.

Zum Tode v. Delbrücks hat der Reichstagspräsident Adde den Angehörigen folgendes Beileidstelegramm gesandt: „Zum Hinscheiden des Staatsministers und Abgeordneten von Delbrück, des eifrigen Mitarbeiters an der Verfassung von Weimar, spreche ich meine herzlichste Teilnahme aus.“

Der erste Rapp-Prozess.

Die Schlussworte der Angeklagten. Nach den Plädoyers der Verteidiger erklärte von Jagow in seinem Schlusswort, daß bei den Amtsentsetzungen vielleicht Amtsentsetzung der Beamtennötigung in Frage kommen könne, aber ihm habe der strafbare Vorfall zu diesen Handlungen gefehlt. Auch der Berliner Polizeipräsident Eugen Ernst müsse mit demselben Rechte auf die Anklagebank gesetzt werden, denn dieser habe ebenfalls unter Rapp-Vorfällen weiter fungiert. Er lehnte die Ehre ab, als Führer angesehen zu werden, und gebe höchstens zu, am 17. März den Versuch gemacht zu haben, Führer zu spielen, indem er versuchte, Rapp vom Rücktritt zurückzuhalten, was ihm aber nicht gelang sei. v. Jagow hat schließlich um Freisprechung und Übernahme der Kosten auf die Staatskasse.

Angeklagter v. Wangenheim vermahnte sich gleichfalls gegen den Vorwurf des Mangels an Mut seitens des Oberstaatsanwalts. Es sei ihm unverständlich, wie er gegen die Reichsverfassung etwas unternommen haben soll, er sei als „preussischer“ Landwirtschaftsminister in Aussicht genommen gewesen.

Angeklagter Schiele betonte mit Entschiedenheit, daß er kein Hochverräter sei. Rapps Absicht sei lediglich gewesen, die Männer, die durch die Revolution an die Spitze gekommen seien, auf verfassungsmäßigen Wege hinauszuwandern. Der Präsident schloß hierauf die Verhandlung.

Das Urteil wird am Mittwoch verkündet werden.

Politische Rundschau.

Berlin, den 20. Dezember 1921.

- Im Braunschweiger Landtag wurde die neue Verfassung in zweiter Lesung angenommen.
- Die bayerische Regierung erklärt, im Notfalle besondere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern treffen zu wollen.
- Die badische Regierung hat für 1922 alle karnevalistischen Veranstaltungen verboten.

Vertagung des Reichstags. In einer 13stündigen Dauer Sitzung, die erst nachts um 2 Uhr endete, erledigte der Reichstag in flieberhafter Eile die große Zahl von Gesetzentwürfen, die noch vor den Weihnachtstagen zum Pensum des Hauses gehörten. Darunter befand sich u. a. das neue Einkommensteuergesetz, der Jaggenautag der Deutschen Volkspartei, die neue Diätenvorlage und die Erhöhung der Postgebühren. Das Einkommensteuergesetz wurde von dem überarbeiteten Hause angenommen. Der vorkparteiliche Antrag, Schwarz-weiß-rot als deutsche Handelsflagge zu behalten, wurde mit 195 gegen 138 Stimmen abgelehnt, die höheren Diäten für die Reichstagsabgeordneten ebenfalls angenommen. Sogar die neuen, den Befehl auf das schwerste schädigenden Postgebühren fanden die Zustimmung des nächsten Parlaments. Mit Glückwünschen zum Fest trennten sich die Volksvertreter spät nach Mitternacht. Die nächste Sitzung soll spätestens am 19. Januar 1922 stattfinden.

Botschafterrat und deutsche Domänenpächter.

Berlin, 19. Dezember. In der Angelegenheit der deutschen Domänenpächter und Ansiedler in den an Polen abgetretenen Teile Preußens hat die Botschafterkonferenz eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der sie von dem Beschluß Mitteilung macht, Deutschland und Polen dazu einzuladen, baldmöglichst in direkte Verhandlungen zur Regelung dieser Frage einzutreten. Die Botschafterkonferenz hat ferner beschlossen, für den Fall, daß eine Einigung zwischen den beiden Mächten nicht zustandekommen sollte, Herrn Alphonse, den Vorkseher des französischen Sequester- und Ausgleichsamts, zum Schlichter zu bestimmen. Im übrigen hat die Botschafterkonferenz an die polnische Regierung die Bitte gerichtet, bis zur Regelung der Angelegenheit von jeder Maßnahme, die die Lage einseitig verändern könnte, abzusehen. — Der zum Schlichter ausgesandte Herr Alphonse war früher Sekretär Delcassés.

Der Kampf um den Religionsunterricht.

Berlin, 19. Dezember. Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstage einen Entwurf beantragt, der folgende Bestimmungen treffen soll: In den Schulen mit Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach ist ein Willenserklärung über die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern heranzuziehen, der über die religiöse Erziehung der

Kindes zu bestimmen hat, nur dann erforderlich, wenn das Kind an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern nicht teilnehmen soll. Liegt eine solche Willenserklärung nicht vor, so nimmt das Kind am Religionsunterricht teil.

Die Erhöhung der Kohlensteuer.

Berlin, 19. Dezember. Im Reichstags-Ausschuß für Verbrauchssteuern wurde die Erhöhung der Kohlensteuer auf 30 v. H. beschlossen. Die Regierungsvorlage sah eine Erhöhung auf 40 v. H. vor.

Rundschau im Auslande.

Der Generaldirektor der schweizerischen Bundesbahnen, Sand, ist gestorben.

Die Erzherzogin Rita von Ungarn verläßt am 26. Dezember die Insel Madeira, um sich nach der Schweiz zu begeben.

Oesterreich: Das „Abstimmungsresultat“ in Ledeburg.

Wie das „ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“ mitteilt, ist das durch die Entsetzkommision festgestellte Ergebnis der Ledeburger Abstimmung folgendes: für Ungarn 15 343, für Oesterreich 8227 Stimmen. In der Stadt Ledeburg und dem angegliederten Brennerg sind allein 7390 Stimmen für Ungarn abgegeben worden. — Nach der Zurückziehung der österreichischen Abstimmungskommission und bei dem nächstbesten Fehler der ungarischen Abstimmungsbehörden war ein anderes Ergebnis kaum zu erwarten. Die österreichische Regierung wird natürlich diese „Volksabstimmung“ niemals als rechtmäßige Willensäußerung der Ledeburger Bevölkerung anerkennen können.

Ungarn: Die Liquidierung des Königsputzsches.

Die Nationalversammlung hat mit 61 gegen 33 Stimmen die Maßnahmen der Regierung gegen die während des Königsputzes verübten Verbrechen im Parlamentarier gestützt und dem Reichstag an die Verhältnisse durch die Nationalversammlung beschlossen.

Frankreich: Militärische Verrücktheit für „wichtige Sehlungsarbeiten“.

In der Kammer wurde eine Interpellation eingebracht, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, damit Deutschland die seine Zahlungserpichtungen vom 15. Januar und 15. Februar erfüllt. Auf eine ähnliche Anfrage im Senat erklärte der durch seine Rede gegen Deutschland satifam bekannte Kriegsminister Barthou, die vorzeitige Entlassung der Jahresklasse 1920, die für den Monat März in Aussicht genommen worden sei, könne nicht erfolgen. Man würde sich sonst in einer gefährlichen Lage befinden, da die Jahresklasse 1922 erst im Mai einberufen werde. Er müsse daran erinnern, daß Frankreich sich für die Monate Januar und Februar wichtigen Zahlungsterminen gegenüber befindet und daß es deshalb alle seine militärische Kraft nötig habe.

Finland: Die Hungernot in Rußland.

In Ostfinlands trafen dieser Tage aus Moskau Vertreter der Sowjetbehörden und der Bevölkerung aus 18 Gouvernements ein, um die zentrale Nahrungskommission davon zu überzeugen, daß bittere alle Versuche zur Bekämpfung der Not in den Hungergebieten gescheitert seien. Die Vertreter berichteten, daß die Not mit jedem Tage wachse und daß die Sterblichkeit in erschreckender Weise steige. Weiter erklärten sie, daß Moskau selbst bei bestem Willen nicht ausreichen könne, weil es nicht über die erforderlichen ungeheuren Vorräte verfüge und weil die Transportmittel im südlichen Rußland, das am schlimmsten heimgesucht sei, sich in völliger Verfall befinden. Die Vertreter der 16 Gouvernements erhoben einstimmig die Forderung, daß die Zentralbehörden in Moskau sofort neue Schritte bei den Westmächten unternähmen, da allein sie imstande seien, wirkliche Hilfe zu leisten, um zu verhindern, daß weitere Millionen von Menschen am Hungertode zu Grunde gingen. — Die Vertreter des deutschen Roten Kreuzes sind von einer Reise in die sogenannte tatarische Republik zurückgekehrt. Sie teilen mit, daß die gesamte Bevölkerung eine sichere Beute des Hungertodes werden würde, wenn nicht innerhalb eines Monats weitreichende Hilfe geschäht werde.

Amerika: Frankreich gibt nach.

Nachdem die französischen Flottenforderungen von Staatssekretär Hughes im Namen der Washingtoner Abrüstungskonferenz abgelehnt worden sind, hat es die französische Regierung für besser gehalten, auf die Erhöhung ihres Flottenprogramms zu verzichten. Briand hat den Vorkämpfer der Vereinigten Staaten darüber dahin bestanden, daß Frankreich die ursprünglich durch Hughes festgesetzten Vermögenszahlen annehme. Die betreffenden Zahlen sind daher: für die Vereinigten Staaten 5, für England 3, für Japan 2, für Frankreich 1,7 und für Italien 1,68.

Japan: Nichtabgabe der Schantungbahn an China.

Die japanischen und chinesischen Delegierten haben sich auf einen Entwurf eines Abkommens für die Rückgabe der Schantung-Finanz-Eisenbahn geeinigt. Die Bahn soll an China innerhalb neun Monaten zurückgegeben werden.

Der Stand der Welt. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	19. 12.	17. 12.	1914
100 holländische Gulden	6518	7142	167,— M.
100 belgische Franken	1858	1473	80,— „
100 dänische Kronen	3606	3816	112,— „
100 schwedische Kronen	4445	4806	112,— „
100 italienische Lire	816	835	80,— „
1 englischer Pfund	766	816	20,— „
1 Dollar	181	195	4,20 „
100 französische Franken	1438	1528	80,— „
100 schweizerische Franken	3496	3801	80,— „
100 tschechische Kronen	232	238	— „

Gedenktafel für den 20. Dezember.

1795 * Katharina v. Sora in Torgau (* 1499) — 1795 * Der Geographische Leopold v. Ranke in Wehl (* 1886) — 1806 Sachsen wird Königreich — 1856 * Der Schriftsteller Ferdinand von Schiller in Berlin — 1918 * Der Bildhauer Adolf Donndorf in Stuttgart (* 1835).

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knapp.

(44. Fortsetzung.)

Zurück den Wettseifer angespornt, gelangten einige jüngere Leute auch auf den Grund einer dunklen Schlucht, die sich etwa 120 Fuß fast senkrecht zum Himmel fortsetzte. Aber hier wurde ihr toller Liebesmut durch eine Wahrnehmung gedämpft, die sie er-

wauern mochte. Sie fanden ganz plötzlich vor dem Felde eines Mannes, die tief in den Schlamm der Sohle eingedrückt lag und an Gesicht und Händen schon in Verwesung übergegangen war, daß an verschiedenen Stellen die Knochen bloß lagen. Soll Entsetzen wandten sie diesem unheimlichen Ort den Rücken und machten über ihren graulichen Fund Anzeige bei der Polizei.

Der ganze Ort war in Aufruhr. Endlich schien sich nun das Geheimnis lüften zu wollen, das über dem rätselhaften Verschwinden des Kaufmanns Hinrichsen, des Betreters der Firma Overdick in Cie., seit einem Jahre schwebte. Er war also doch kein Töfraudent, sondern hatte hier in dem Steinbruch sein Ende gefunden.

Es wurden nur darüber Zweifel geäußert, ob er in der Tat ermordet und beraubt oder aber nur abgestürzt war. Denn mit der Gefahr des Absturzes mußte jeder rechnen, der oben, dicht am Rande der engen Schlucht, entlang wanderte, um einen Blick in die Tiefe werfen zu können. Das Betreten des Randes war gefährlich; das wußten alle Einheimischen. Es war auch der Grund, weshalb das Fremdenpublikum des Kurorts im allgemeinen nichts von dem Vorhandensein dieser Naturmerkwürdigkeit erfuhr. Man war äußerst gespannt auf das Ergebnis der Untersuchung, die ja die nötige Aufklärung bringen mußte.

Da der Amtsvorsteher zunächst beim zuständigen Gericht die Abfindung einer Untersuchungskommission zu beantragen hatte, weil Mordverdacht in Frage kam, so wurde die Geduld des Publikums auf eine harte Probe gestellt, denn die Kommission traf erst am folgenden Tage ein, begab sich dann aber, geführt von dem jungen Maurer, der die Leiche zuerst entdeckte, und von einem Polizisten, sofort nach dem Fundort.

Der Tote war so entsetzt, daß durch seine Gesichtszüge eine Wiedererkennung ausgeschlossen war. Die Identifizierung mußte deshalb nach anderen Merkmalen vorgenommen werden. Außer belanglosen Dingen, die in den Taschen des Getöteten enthalten waren und seinen Schluß auf die Persönlichkeit zuließen, fand man an einem Fingerknoten der rechten Hand einen goldenen Schlangerring mit einer elfenbeinernen Krone, die einen Totenkopf eingraviert trug. Das Wappenzeichen war sehr verschlungen und ließ sich nur noch unendlich enträtseln. Es konnte ebensogut als D. R., wie auch D. H., B. R. oder B. G. gelesen werden. Eine Uhr wurde bei dem Unbekannten nicht vorgefunden, und es hätte danach so aussehen können, als ob Raubmord vorläge.

Dem Widerspruch aber das Vorhandensein des goldenen Ringes und der Goldstücke, welche noch einen nennenswerten Betrag enthielt. So mußte der Verdacht einer Verabreichung wohl als beseitigt gelten. Ob man es hier mit einem Unglücksfalle, mit Selbstmord oder Mord zu tun hatte, darüber konnte zunächst keine zweifelsfreie Sicherheit geschaffen werden. Dem Gerichtsmediziner gelang es jedenfalls nicht, weder an den vorhandenen Restteilen, noch an den Knochen irgendwelche Spuren einer tödlichen Verletzung nachzuweisen, die nicht durch das Aufschlagen auf den Felsen während des Falles, d. h. also durch den Sturz selbst hervorgerufen worden war.

Die Wahrscheinlichkeit sprach somit für einen Unglücksfall oder für Selbstmord. So schickte nach den Erfahrungen der Kriminalistik die Motive für einen Selbstmord häufig noch geraume Zeit nach dem Tode herausstellen oder ermitteln lassen, so war es schon aus diesem Grunde äußerst wichtig, zu wissen, mit welcher Person man es eigentlich zu tun hatte.

Anfänglich glaubte man ohne weiteres, die Leiche des vermeintlichen Töfraudenten vor sich zu haben. Mit dieser Annahme stimmten aber verschiedene Umstände nicht recht überein. Hinrichsen hatte eine Uhr getragen, während sich an der Leiche eine solche nicht feststellen ließ. Er war ferner im Besitze eines leichten Handoffers gewesen und eines in Banknoten und Kassenscheinen angelegten Kapitals von 45 000 Mark. Neben der Koffer, noch das Geld war bei der Leiche gefunden worden. Das Fehlen dieser Gegenstände konnte nun wieder auf eine Verabreichung und damit zusammenhängend auf einen Mord deuten. Das Bild wäre dann sehr einfach und klar gewesen. Man brauchte sich nur vorzustellen, der einsame Wanderer, der nachweislich seinen Handoffer allein getragen hatte, sei im Walde, auf dem Wege nach Dammendorf, von dem Mörder niedergeschlagen, seiner Uhr und der Geldscheine beraubt, nach der Schlucht geschleppt und dort in die Tiefe gestürzt worden, während der Koffer in den Händen des Mörders zurückblieb.

Hätte sich der Vorgang so abgespielt, dann müßte sich aber die eigentliche Todesursache noch jetzt an dem Körper des Toten wenigstens bis zu einem gewissen Grade von Wahrscheinlichkeit auffinden lassen. Eine Schuß-, Stieb- und Stiehverletzung wäre immerhin auch in dem jetzigen Zustande des Körpers einigermaßen nachweisbar gewesen.

Solche Spuren fanden sich aber nirgends vor, namentlich nicht an dem Schädel, der tief im Schlamm der Schlucht eingedrückt gelegen hatte und dort der weichen Unterlage völlig intakt geblieben war. Nahm man dagegen an, der Mörder habe sein Opfer nach erfolgter Verabreichung „lebend“ in die Tiefe gestürzt, dann war zu dieser Annahme — wie übrigens auch zu der Annahme eines Unglücksfalls — die Voraussetzung nötig, daß der Weg, den der Getötete einzuhalten hatte, nicht nur „in der Nähe“ der Schlucht, sondern „direkt“ an der Schlucht vorbeimachte. Gab es nun überhaupt einen solchen Weg, und war Hinrichsen genötigt gewesen, gerade diesen Weg einzuschlagen?

(Fortsetzung folgt.)

Auf dem Bahnhof in Mansfeld stahlen nachts unermittelte Diebe aus einem Sprengstofftransport der rheinischen Dynamitfabrik zwei Kisten Koronit im Gesamtgewichte von 104 Pfund.

Letzte Nachrichten.

Frankreich und Spanien.

Paris. Die französische Regierung stellt eine Antwort auf das spanische Notbuch, betreffend den französisch-spanischen Jolkkrieg her. Sie betont darin, daß sie bis zur äußersten Grenze ihr Wohlwollen behauptet habe und kommt zu dem Schluß, daß die Verhandlungen nur infolge der Haltung Spaniens abgebrochen werden mußten, das anfangs eine ablehnende, später aber eine verständlichere Haltung einnahm.

Streik in der Augsburger Textilindustrie.
 Augsburg. Gestern sind die Augsburger Textilarbeiter in den Streik getreten. Die Arbeitgeberverbände fordern Wiederaufnahme der Arbeit bis Mittwoch, andernfalls sperren sie aus. Wenn der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann, bleiben die Fabriken geschlossen, bis die Möglichkeit eines geregelten Betriebs wieder gegeben ist.
Neue Forderungen der sächsischen Gemeindefabrikanten.
 Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Freistaat Sachsen hat sich an den Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden gewandt, um eine durchgehende Lohnerhöhung von 5 M. für die Stunde und für alle Arbeitergruppen aller Ortsklassen zu erhalten. Das würde eine Erhöhung um rund 1000 M. monatlich bedeuten. Für den Fall, daß die endgültige Erledigung dieses Antrages vor Weihnachten nicht mehr durchgeführt werden kann wird für Verheiratete eine Summe von 500 M. und für Ledige eine Summe von 300 M. vorausverlangt.

Die Vorbereitung neuer Zwangsmaßnahmen.
 Basel, 19. Dezember. Die der "Basler Anzeiger" meldet, erhalten die eltsässischen Garnisonen seit einigen Tagen Belegungen aus dem Innern Frankreichs. So ist in Kolmar das Infanterie-Regiment aus Besançon in Bürgerquartieren untergebracht. Man scheint gewillt zu sein, falls Deutschland die Januar-Rate nicht zahle, zu den im Londoner Diktat vorgesehenen Zwangsmaßnahmen zu greifen.

Verschundene Liebesgaben für Rußland.
 Rotterdam, 16. Dezember. Die "Morning Post" erhielt ein Rigauer Telegramm der gewerkschaftlichen Hilfskommission für Rußland, wonach über die Hälfte der in das Hungergebiet gesandten Waren auf dem Bahnwege von Moskau bis Kasan verschwunden ist. Auch der Rest der Hilfsgüter sei in halbieren Wagen am Bestimmungsorte eingetroffen, wo die Sowjetbehörden die Aufstellung nach ihren eigenen Listen verlangen.

Das englisch-irische Abkommen.
 London. Außer Griffin und De Valera hat auch noch Collins das englisch-irische Abkommen im Sinnseiner-Parlament befürwortet. Man erwartet eine sehr lange Debatte, da alle Parlamentarier sprechen wollen, hofft aber noch vor Weihnachten auf eine Entscheidung.

Kirchen-Nachrichten.
 Mittwoch den 21. Dezember 1921.
 Bärenfels. 8 Uhr Abendandacht im Diakonissenheim.
 Johannisbad. 8 Uhr Bibelstunde im Konfirmandenzimmer.
 Reichardt. Abends 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhaus.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden
 am 19. Dezember 1921.

Kat.trieb	Wertklassen	Preis für 50 kg in Markt	Bebr.-Schlacht-Gewicht
I. Rinder: A. Ochsen.			
217	1. Vollfleischige, ausgewästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	950-1050	1725-1850
	2. Junge, fleischige, nicht ausgewästete, ältere ausgewästete	800-900	1575-1775
	3. Mäßig genährte Junge, gut genährte ältere	500-600	1075-1275
	4. Gering genährte ältere jed. Alters	300-400	900-1000
B. Kühe.			
226	1. Vollfleischige, ausgewästete höchsten Schlachtwertes	900-1000	1600-1725
	2. Vollfleischige jüngere	700-800	1375-1500
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	450-550	1050-1125
	4. Gering genährte	300-400	800-950
C. Rinder und Rinder.			
269	1. Vollfleischige, ausgewästete Rinder höchsten Schlachtwertes	950-1000	1725-1850
	2. Vollfleischige, ausgewästete Rinder höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	800-900	1575-1675
	3. Rinder, ausgewästete Rinder und gut entwickelte jüngere Rinder und Rinder	600-700	1300-1500
	4. Gut genährte Rinder und mäßig genährte Rinder	400-500	1000-1200
	5. Mäßig und gering genährte Rinder und gering genährte Rinder	250-300	750-850
D. Ferkel.			
837	1. Gering genährtes Jungvieh im Alter v. 3 Mon. bis zu 1 Jahre	—	—
	2. Doppelferkel	1200-1300	1900-2050
	3. Beste Mast- und Sauglinder	1050-1150	1750-1900
III. Schafe.			
1112	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	775-825	1550-1650
	2. Ältere Mastlamm	575-675	1250-1450
	3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Werkzeuge)	375-425	950-1150
IV. Schweine.			
1772	1. Vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	1400-1500	1900-2000
	2. Fleischschweine	1600-1700	2000-2300
	3. Fleischschweine	1200-1300	1700-1800
	4. Gering entwickelte	1050-1150	1600-1700
	5. Sauen und Eber	1400-1500	1650-1900

Ueberstand: 10 Rinder, davon 3 Ochsen, 7 Kühe; 75 Schafe, 152 Schafe.
 Geschäftsgang: Rinder mittel, Rinder gut, Schafe, Schweine langsam.
 Ausnahmepreise über Notiz.

Sprechsaal.
 Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.
 So und so viel haben sich der Stimme entfallen. Das kann man sehr oft lesen bei Berichten über Parlamentsstimmungen verschiedenster Art. Auch in Gemeindefestungen kommt nicht selten vor. Die Fälle, wo Stimmenthaltung geübt vorge-schrieben ist, sind hier nicht gemeint. Hat aber die Stimmenthaltung in anderen Fällen eine Berechtigung? Nun, vielleicht könnte man sich solche Fälle denken. Z. B. ein Gemeindevorsteher kann durch seine Stimme in den Verdacht kommen, er wolle sich einen persönlichen Vorteil verschaffen. Die Sache selbst ist aber gar nicht so wichtig, daß er um ihretwillen den Verdacht auf sich nimmt. Oder man will oder kann eine Wahl nicht zu Falle bringen, hält aber die betreffende Person nicht für geeignet. Oder aber es spielen parteipolitische oder taktische Fragen eine Rolle. Oder aber man ist ohne eigene Schuld — vielleicht als Neuling — nicht in der Lage, sich in einer wichtigen Sache genau zu orientieren, und möchte nicht leichtsin abstimmen. In allen diesen Fällen läßt sich eine gewisse Berechtigung für das „Ich enthalte mich der Stimme“ schließlich konstruieren, obwohl ihm das Wort damit durchaus nicht geredet werden soll. Im allgemeinen aber ist es ganz zu verwerfen. Was kann denn die Ursache sein? Eigentlich doch nur zweierlei. Entweder man besitzt nicht die Fähigkeit, sich eine selbständige Meinung in einer Sache zu bilden, oder aber, man besitzt nicht den Mut, seine Meinung offen und ehrlich zu vertreten. In beiden Fällen aber gehört man nicht dorthin, denn man hat einen Platz inne, den man nicht ausfüllt; man versagt ja gerade bei der Hauptsache, bei der Abstimmung. Man denke doch einmal logisch weiter: Wenn nun in einer wichtigen, jeden einzelnen in der Stadt angehenden Frage — solche sind z. B. Steuerfragen — von unseren 14 Stadtverordneten 10 sich der Stimme enthalten würden? (Gerade bei wichtigen und deshalb schwierigen Fragen kommt ja am meisten vor.) Was würde denn dann? Wo sollte das hinführen? Das darf nicht sein! Wer ein solches Amt übernimmt, muß von vornherein damit rechnen, daß er Vorbeeren nicht erntet; das darf ihn aber nicht abhalten von der Erfüllung seiner Pflicht, von der Abgabe seiner Stimme. Andersfalls kann der Stuhl ebenfugot leer sein.

Anlässlich unserer Silberhochzeit, welche uns von unseren lieben Kindern, Brüdern, Nachbarn, Verwandten und Bekannten von nah und fern durch wertvolle Geschenke und Ehrungen in Wort und Schrift zu einem Freudentage gemacht wurde, sagen wir hierdurch allen unsern
herzlichsten Dank!
 Oberfrauendorf, 15. 12. 1921.
Eduard Zimmermann u. Frau
 geb. Wenger.

Voransage.
Zurnverein „Frisch auf“ Dispoßwalde
 1. Weihnachtseiertag am 6. Uhr im Schützenhaus
öffentl. Unterhaltungs-Abend mit Ball.
 Vorverkauf 3,50 M. inkl. Steuer zu haben bei den Herren Felixeuren Stephan und Böhme und Herrn Ewald Heimann.

Prima Vollheringe,
 1/2 Pf. 1,80 M. Große Ware! Stück 0,70 M.
Ia Oelsardinen, Dose 10. — M.
Markthalle Ewald, Freib. Platz.

Musik-Vufführung
in der Kirche zu Possendorf
 am 1. Weihnachtseiertag nachmittags 5 Uhr
 unter gütiger Mitwirkung von Fräulein Schatter, Konzertfängerin, Dresden.
 Es werden geboten:
 Vorträge für Sopran solo mit Orgel, Violine und Cello; 4 bis 8-stimmige Frauenchöre; gemischte Chöre; Orgel solo; Streichquartett mit Orgel.
 Karten im Vorverkauf 3,99 M. einschließlich Steuer bei den Herren Kaufmann Schüssel und Kantor Wöbhus in Possendorf, an der Straße 4,99 M. einschließlich Steuer.
 Programm: 50 Pf. im Vorverkauf und an den Kirchentüren.
Die Kirche ist gut geheilt.

Weihnachtsgeheimt
 verkaufe ich zu billigt. Preisen:
 Anzüge, Wäster, Schlüpfer
 Militärjoppen,
 Militärhosen,
 in selbstgarn und schwarz,
 Gestrifte und Lederhosen,
 Reithosen, Militärstiefel
Dresden
 41, I. Gr. Bräutigasse 41, I.
 2. Haus vom Postplatz Rein. Eden.
Händler Vorzugspreise!
Stroh
 kauft
 Axel Oypelt, Dispoßwalde,
 Telefon 162.
Häcksel (en gros, detail)
 Neuer
Militärmantel
 ist billig zu verkaufen
 Große Wassergrasse 57.

Schirme
 eigene Fabrikate
 in hochfeiner Ausführung
 empfiehlt noch billigt
Carl Reichel,
 Schirmfabrik,
 am Markt.
Schlacht-pferde
 kauft
 zum höchsten Tagespreis
 Hochschlächtere Paul Sieber,
 Tel. 97.
 Eine tragende
Saue
 zu verkaufen. Zu erfahren in
 der Geschäftsstelle.

Künstliche Blumen
 Blumenbüscheln, Blumenstände,
 in großer Auswahl empfiehlt
Benno Mittag,
 Markt.

Zum Backen!
 empfiehlt
 feinstes Weizenmehl,
 Margarine
 zu billigsten Tagespreisen,
 Sultanis, große Rollen,
 Rosinchen, bittere
 Mandeln, Mandelöl,
 Safran, edel,
 Vanille in Schoten,
 Zitronen und
 Speisepfefferlingen
 in guter Qualität.
Herm. Anders am Markt.

Erste Froitaler Hochschlächterei u. Wurstfabrik
Bruno Ehrlich
 Froital-Deuben
 Bezugs Dresden
 Telefon 74
 jagt für
Schlacht-pferde
 die höchsten Preise.
 Bei Notfällen mit Auto-mobiltransportwagen schnellstens zur Stelle.

Bei Husten, Heiserkeit
 hilft prompt Dr. Fuchs Husten-tropfen zu haben bei Herm. Sommerich, Drogerie u. Ciekernt, Dispoßwalde.

1 Paar feste, hohe
Damenportstiefel,
 Größe 39, 1 Paar
Damenhalbschuh,
 Größe 38, preiswert zu verkaufen
 Schützengasse 122.

Weinbraunt
 empfiehlt
 Wilm Dittich,
 Bahnhofstraße 19, part.
American,
 sehr leicht, sowie
Kobelkittchen und Handleiterwagen
 zu verkaufen.
 W. Reihner, Wagenbauwerk,
 Dispoßwalde, Altenberger Str.

2 Kühe,
 worunter eine tragend, und
20 Hühner
 zu verkaufen in
 Dönschen, Gemeindeamt.

Fleisch Wurst!
Rauchfleisch
Hollschinken
 Hochschlächterei H. Scharlo.

Ia. Weiß-Stückfall
 zum Bauen u. Dingen empfiehlt
Paul Derich,
 Dispoßwalde, am Bahnhof.

Eine gebrauchte
Hobelbank
 zu kaufen gesucht.
 Robert Frensch, Rausdorf.

Achtung!
Billige Schokolade,
 30 Sorten in einfacher und feinsten Packung zu 25, 50, 100 und 125 Gramm weit unter heutigem Fabrikpreis bei
Johannes Brunnmann Ad. Grabs Radf.,
 Freiburger Straße 234.
 Sowie ein Gelegenheitsposten
billige Wunderkerzen,
 2 Patete — 20 Stück — 150 Pf.

Fleisch, Wurst u. Rauchfleisch
 empfiehlt
Roßschlächterei Paul Lieber.

Eine gute Zigarre
 bringt wahre Weihnachtstimmung. In kleinen Präsentschächeln zu 10 und 25 Stück gepackt sowie Haaretten, Tabak und Tabakspfeifen empfiehlt
H. Zimmermann, am Bahnhof.

Ia. Holsteiner Tafelmargarine,
 „Extrafine“, 1/2 Pf. 25 M., vorzüglich zum Baden,
 „Echte Eigeb“, 1/2 Pf. 26 M., wie gute Butter,
 wirklich hervorragende Qualität.
Hans Uhlig, Schmiedeberg, Reich-grund 32.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unsers lieben Vaters
Herrn Karl Weinhold
 welche uns durch Wort, Schrift und Blumenschmuck und Begleiten zur letzten Ruhestätte bezeugt wurden, sagen wir allen hierdurch unsern herzlichsten Dank.
 Schmiedeberg, am Begräbnistage.
 Familie Weinhold.